

Pressemitteilung

Faule Kompromissformel gefährdet die Sicherheit an den deutschen Küsten

Die Insel- und Halligkonferenz ist sehr enttäuscht über das Scheitern einer einheitlichen Bundesküstenwache. Große Hoffnungen hatte man in die schwarz-gelbe Regierung in Berlin gesetzt, die die Forderung zum *Aufbau einer Nationalen Küstenwache* in den Koalitionsvertrag übernommen hatte.

Trotz großer Unterstützung durch die Landesregierung und Ingbert Liebing konnten sich die beteiligten Staatssekretäre aus den Finanz-, Verkehrs-, Innen und Fischereiministerien nicht auf eine zukunftsweisende Zusammenlegung ihrer Kompetenzen im maritimen Sicherheitsbereich verständigen. Es wurde lediglich vereinbart „soweit sinnvoll“ gemischte Besetzungen auszuweiten und die Bereederung zu zentralisieren.

„Die jetzt in den vier Bundesministerien gefundenen Formulierungen sind zu wagen und lassen zu viele Hintertürchen offen“, so Manfred Uekermann, der Vorsitzende der AG Küstenschutz in der Insel- und Halligkonferenz. „Der Neubau des maritimen Sicherheitszentrums in Cuxhaven kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein für uns Inselbewohner so wichtiges Anliegen 14 Jahre nach der Pallas Katastrophe immer noch nicht umgesetzt wurde.“

In einem offenen Brief fordern die Gemeinden der Nordfriesischen Inseln und Halligen sowie der Hochseeinsel Helgoland die beteiligten Minister Schäuble und Ramsauer auf, die Kosten für die zersplitterten Zuständigkeiten für Überwachungs- und Sicherungsaufgaben auf See (Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, Bundespolizei, Zoll und Fischereiaufsicht) offen zu legen. Dazu zählen die Infrastruktur in Häfen und Verwaltung, Liegenschaften, Schiffe, das Personal für Betrieb, Wartung, Führung und Verwaltung einschließlich der ministeriellen Dienstaufsicht und Koordination. Die mittel- und langfristige Kosteneinsparung einer einheitlichen nationalen Küstenwache sollen ermittelt werden, um aufzuzeigen, welche Kosten eingespart werden können bei gleichzeitiger Erhöhung der Sicherheit im Katastrophenfall.

Die Insel- und Halligkonferenz fordert die Minister weiterhin auf, ein Sicherheitskonzept für die Nordsee unter Einbeziehung des zunehmenden Gefahrenpotentials durch die Offshore Windparks zu erarbeiten. Dafür steht sie für einen Dialog bereit.

Midlum auf Föhr am 5.3.2012

V.i.S.d.P

Carsten Massau